

Karish und Qana – Gasfelder schüren Grenzdisput im Nahen Osten (Teil 1)

15 Okt. 2022 08:55 Uhr

<https://test.rtde.tech/der-nahe-osten/151442-karish-und-qana-gasfelder-schuren/>

Der Grenzdisput zwischen Israel und dem Libanon, der vor allem eine Aufteilung der Gasfelder Karish und Qana im Mittelmeer umfasst, gewann im Oktober an neuem Momentum: US-Unterhändler Hochstein übermittelte beiden Seiten seinen vorläufigen Textentwurf einer Vereinbarung. Washingtons Wille könnte zu einer baldigen Einigung führen.

Von Karin Leukefeld

Der Libanon und Israel haben sich grundsätzlich auf die Markierung ihrer jeweiligen exklusiven maritimen Wirtschaftszonen und die Nutzung der dort liegenden Gasfelder Karish und Qana geeinigt. Nun müssen die politischen Gremien der Länder zustimmen. Als Nächstes muss die US-Administration, die den Vermittler bei den Verhandlungen stellte, die Vereinbarung bestätigen. Anschließend gehen die Dokumente an die UNIFIL-Mission im Libanon, wo sie von allen Seiten unterzeichnet werden sollen.

Mehr als 10 Jahre schlummerten die Gasvorkommen vor der libanesischen Küste, Verhandlungen blieben erfolglos. Dass es nun so schnell ging, liegt daran, dass die USA für Europa das Gas aus dem östlichen Mittelmeer brauchen, damit die europäischen Länder ihren Wirtschaftskrieg gegen Russland fortsetzen.

Der Streit um die Gasfelder im östlichen Mittelmeer

Anders als im Libanon und in Israel, herrschte in den vergangenen Monaten und Wochen in Brüssel und Washington weitgehend Schweigen über die Gespräche von Verhandlungsdelegationen Israels und des Libanons, die von einem US-Vermittler im Shuttle-Verfahren geführt worden waren.

Weil zwischen Libanon und Israel Kriegszustand besteht, wurde indirekt verhandelt. Die Gespräche, die Ende 2021 wiederaufgenommen worden waren, hatten die Markierung der jeweiligen exklusiven Wirtschaftszonen im östlichen Mittelmeer sowie die Zuordnung der dort liegenden Gasfelder Karish und Qana zum Thema. Der nördliche Teil des Karish-Gasfeldes liegt nach Ansicht des Libanons in libanesischen Gewässern, während Israel das gesamte Karish-Gasfeld sowie den südlichen Teil des Qana-Gasfeldes beansprucht.

Der Libanon hatte vorgeschlagen, die Abgrenzung der jeweiligen exklusiven Wirtschaftszonen einer Zickzack-Linie folgen zu lassen. Danach sollte das Karish-Gasfeld im israelischen Teil liegen, das Qana-Gasfeld im libanesischen Teil. Die Ankündigung Israels, das Karish-Gasfeld spätestens im September 2022 in Betrieb nehmen zu wollen, führte zu einer heftigen Reaktion im Libanon. Die libanesische Hisbollah schickte Überwachungsdrohnen über die Karish-Plattform, die von Israel abgeschossen wurden. Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah drohte mit einem Angriff auf die israelischen Förderplattformen, sollte Israel - ohne eine Vereinbarung mit dem Libanon über die Abgrenzung der jeweiligen Wirtschaftszone - mit der Gasförderung auf der Plattform Karish beginnen. Wenn der Libanon kein Gas fördern könne, werde auch Israel kein Gas fördern, sagte Nasrallah. Sollte Israel dennoch mit der Gasförderung beginnen, sei man zu allem bereit, um die Rechte des Libanons zu erreichen.

Plötzlich kam Bewegung in die Verhandlungen, und in nur einer Woche Anfang Oktober änderte sich alles. Am Montag, den 3. Oktober 2022, stellte US-Unterhändler Hochstein beiden Seiten seinen vorläufigen Textentwurf einer Vereinbarung zu. Der Libanon stimmte grundsätzlich zu, und der Text

ging mit Anmerkungen versehen zurück an Hochstein, der alles an Israel weiterleitete. Am Donnerstag, den 6. Oktober 2022, befasste sich das israelische Sicherheitskabinett mehr als drei Stunden mit den Texten. Während man dem Hochstein-Entwurf grundsätzlich zustimmte, wurden die Anmerkungen des Libanons zurückgewiesen.

Begründet wurde die Ablehnung damit, dass die Forderungen des Libanons die von Israel gezogenen roten Linien für die Sicherheit des Landes überschritten, hieß es. Israel werde den Forderungen nicht zustimmen, auch wenn es keine Vereinbarung geben sollte. Uneinigkeit bestand weiter über den genauen Verlauf der Abgrenzung der jeweiligen Wirtschaftszonen und wer wie und unter welchen Bedingungen im Qana-Gasfeld arbeiten dürfe. Israel bestand zudem auf der Markierung einer Sicherheitszone mit Bojen. Umstritten blieb auch die Form einer endgültigen Vereinbarung.

Gasförderung im östlichen Mittelmeer: Spielball im israelischen Wahlkampf

Tatsächlich war die Sache zum Wahlkampfthema in Israel geworden und sorgte für heftige Auseinandersetzungen. Die Wahlen sollen am 1. November stattfinden. Benjamin Netanjahu, der erneut antritt, warf dem Interims-Ministerpräsidenten Jair Lapid vor, die nationalen Interessen aufzugeben. Lapid sei vor den Drohungen der Hisbollah eingeknickt - das bedeute einen Sieg Irans, und Netanjahu werde dies niemals zulassen. Sollte eine Vereinbarung mit dem Libanon unterzeichnet werden, werde er sich nicht daran halten.

Jair Lapid, der politisch sowohl von der EU als auch von den USA als zukünftiger Regierungschef Israels favorisiert wird, fürchtet um Stimmen, sollte er als zu nachgiebig bei den Verhandlungen auftreten. Sicherheits- und Verteidigungsminister Benny Gantz versetzte die israelischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft und drohte dem Libanon in einem Interview mit dem israelischen Sender Kanal 12. Israel werde sich "entschlossen verteidigen", sollte die Hisbollah Israel in irgendeiner Weise angreifen. Sollte sich daraus ein größerer Konflikt entwickeln, "werden wir den Libanon in Stücke schlagen". Er kündigte an, dass Israel, wie geplant, Gas über die Karish-Plattform fördern werde, auch wenn keine Vereinbarung mit dem Libanon unterzeichnet werde. Die Sicherheit Israels sei nicht verhandelbar - die Sache liege jetzt "in den Händen des Libanons".

Einigkeit im Libanon

Im Libanon dagegen herrschte weitgehend Einigkeit über den Umgang mit der Markierung einer Grenzlinie. Die eigenen Gasvorkommen werden schon lange als Chance gesehen, die kollabierende Wirtschaft zu stabilisieren. Libanesischen Medien hatten positiv über eine mögliche Einigung mit Israel über die Markierung der Seegrenze berichtet. Parlamentssprecher Nabih Berri, Interims-Ministerpräsident Najib Mikati und Präsident Michel Aoun waren sich in der Bewertung des Hochstein-Entwurfs einig und stimmten zu.

Mikati und der stellvertretende Parlamentssprecher Elias Bou Saab hatten im September am Rande der UN-Vollversammlung in New York sowohl mit Hochstein als auch mit US-Außenminister Blinken gesprochen. Dabei habe es noch "fundamentale Meinungsverschiedenheiten" gegeben, sagte Bou Saab dem Nachrichtensender Al Mayadeen. Diese seien jedoch ausgeräumt worden und der Libanon habe "seine Rechte [...] gegenüber dem israelischen Feind" nicht aufgegeben.

Die libanesischen Tageszeitung Al Akhbar berichtete am Donnerstag, den 6. Oktober 2022, über einige Details in dem Hochstein-Textentwurf, denen der Libanon in seiner Antwort nicht zugestimmt habe. Abgelehnt wurde demnach der Begriff "Blaue Linie" in Bezug auf die libanesischen Grenze zum "von Israel besetzten Palästina" - der Libanon halte an seinen internationalen Grenzen fest. Eine von Israel gewünschte Markierung mit Bojen sei bedeutungslos und werde nicht anerkannt, zudem handele es sich in dem Gebiet zwischen dem Libanon und Israel um eine "de facto-Situation" und nicht um einen

"Status Quo". Der Libanon lehne die Bezeichnung "wahrscheinliches südliches Sidon-Reservoir" im US-amerikanischen Entwurfstext ab und spreche vom "Sidon-Qana-Feld", das "vom Libanon und zum Nutzen des Libanon entwickelt" werde. Weiterhin wurde eine Formulierung abgelehnt, wonach die Unternehmen, die in den Gasfeldern arbeiten, "keinen US-Sanktionen unterliegen" sollten, wie es der Textentwurf vorsieht. Stattdessen solle es heißen, die Unternehmen sollten "keinen internationalen Sanktionen unterliegen" und zudem "weder israelisch noch libanesisch" sein.

Weitere Formulierungen bezüglich der Arbeit im Qana-Feld und des Block 9 jenseits einer bestimmten Markierung (Linie 23) seien von Libanon abgelehnt und ersetzt worden. Das treffe auch auf israelische Forderungen zur Zusammenarbeit des Libanons mit Unternehmen im Qana-Feld zu. Eine von Israel geforderte "Sicherheitszone" lehne der Libanon ab. Schließlich werde der Libanon sich nicht an einer gemeinsamen Unterzeichnungszeremonie in einem Raum in Naqura - dem Hauptquartier der UN-Friedensmission für den Libanon, UNIFIL - beteiligen, sondern bestehe auf einer Unterzeichnung der Vereinbarung auf getrennten Papieren in getrennten Räumen.

Karish und Qana – Gasfelder schüren Grenzdisput im Nahen Osten (Teil2)

16 Okt. 2022 09:26 Uhr

<https://test.rtde.tech/der-nahe-osten/151445-karish-und-qana-gasfelder-schuren/>

Der Grenzdisput zwischen Israel und dem Libanon, der vor allem eine Aufteilung der Gasfelder Karish und Qana im Mittelmeer umfasst, gewann im Oktober an neuem Momentum: US-Unterhändler Hochstein übermittelte beiden Seiten seinen vorläufigen Textentwurf einer Vereinbarung. Washingtons Wille könnte zu einer baldigen Einigung führen.

Von Karin Leukefeld

Nach der israelischen Ablehnung am Donnerstag hatten Medien eine Einigung beider Seiten in Frage gestellt und über mögliche bewaffnete Auseinandersetzungen spekuliert. Doch am Montag, dem 10. Oktober 2022, hieß es plötzlich, US-Präsident Joe Biden habe beiden Seiten persönlich zu der Vereinbarung gratuliert. Der Europäische Außenbeauftragte begrüßte den "konstruktiven Geist bei dem Unterfangen als auch die Rolle der USA" und forderte beide Länder auf, in Sachen regionaler Energie zu kooperieren. Das Auswärtige Amt in Berlin sprach von einem "historischen Erfolg" und dass "Diplomatie auch in scheinbar festgefahrenen Konflikten" etwas leisten könne. US-Vermittler Hochstein wurde von Berlin mit "besonderem Dank" hervorgehoben, das Abkommen fördere regionale Stabilität und Sicherheit.

US-Präsident Biden tauschte telefonisch Nettigkeiten mit dem libanesischen Präsidenten Michel Aoun aus, dessen Amtszeit Ende Oktober endet. Biden lobte Aoun und verwies auf die "Gelegenheit, dass ausländische Investitionen" in den Libanon zurückkehren würden, "die Sie dringend brauchen". Die Möglichkeit, libanesisches Öl- und Gasfelder zu erschließen und dort zu fördern, werde "das Leben von Millionen Libanesen verbessern". Die USA seien "immer für Sie da, wenn sie Unterstützung brauchen und wir werden sicherstellen, dass Israel alle seine Verpflichtungen in diesem Abkommen einhält".

Telefonische Glückwünsche Bidens erreichten auch den israelischen Interims-Ministerpräsidenten Jair Lapid, der bei den Parlamentswahlen in Israel am 1. November zum Regierungschef des Landes gewählt werden will. Noch wenige Tage zuvor hatte Lapid eine Vereinbarung mit dem Libanon vehement abgelehnt - nun teilte er mit, Israel habe den Entwurf eines Abkommens seiner Seegrenze mit dem Libanon erhalten, der "alle sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und rechtlichen

Forderungen" Israels erfülle. Es handele sich um eine "historische Leistung, die Israels Sicherheit stärken, Milliarden einbringen und die Stabilität an der Nordgrenze einhalten" werde, so Lapid. Man werde den Text dem Sicherheitskabinettt vorlegen.

Herausforderer Benjamin Netanjahu kritisierte, es handele sich nicht um eine historische Vereinbarung, sondern "um eine historische Unterwerfung". Brigadegeneral Amir Avivi sagte, die Hisbollah habe Israel gezwungen, sich zu fügen und niederzuknien. Die Tageszeitung *Haaretz* schrieb, die Hisbollah habe Israel abgeschreckt. Verschiedene Medien stellten fest, dass die Vereinbarung den Libanon vereint, Israel aber gespalten habe.

Der Text muss noch einige Hürden der israelischen Bürokratie nehmen. Unklar ist, ob eine Interims-Regierung überhaupt so ein Abkommen unterzeichnen darf. Daraufhin muss der Oberste Gerichtshof über Petitionen gegen den Text entscheiden. Der Text muss der Knesset, dem israelischen Parlament, vorgelegt werden, das zwei Wochen Zeit hat, darüber zu entscheiden.

Weil die Angelegenheit so wichtig sei, wird sich die Knesset vermutlich schneller mit dem Text befassen, hieß es am Dienstagabend in Tel Aviv. Demnach sei der Text bereits der Knesset zugestellt worden und solle den Abgeordneten schon am Mittwoch vorgelegt werden. Offen bleibt die Frage, was geschieht, sollte Lapid nicht die nötige Mehrheit bei den Wahlen erhalten.

Der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, zeigte sich im Libanon gelassen. Sollte Präsident Aoun der Vereinbarung zustimmen, werde der Widerstand (gemeint ist die Hisbollah) sich darauf einstellen. Diejenigen, die die Vereinbarung ablehnten, sollten den endgültigen Text abwarten, so Nasrallah. "Dann können sie Einwände erheben, aber in einem nationalen und objektiven Geist und nicht im Geist der Abrechnung". Der Widerstand sei weniger an Grenzen interessiert als daran, dass der Libanon seine Rechte bewahre. "Was uns interessiert, ist die Förderung von Öl und Gas aus den libanesischen Vorkommen."

Interims-Ministerpräsident Najib Mikati und Energieminister Walid Fayyad trafen noch am Dienstagabend (11. Oktober 2022) eine Delegation des französischen Unternehmens Total. Mikati beauftragte sie, so schnell wie möglich die Arbeit auf den libanesischen Gasfeldern aufzunehmen. Das französische Außenministerium hatte sich an der Schlussphase der Verhandlungen beteiligt.

Woher die Eile?

Mehr als 10 Jahre schienen die Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer vor der libanesischen Küste in Vergessenheit geraten zu sein. Der Libanon hatte verschiedene Anläufe unternommen, um Erschließung und Förderung beginnen zu können, war aber immer wieder an der Blockade der USA gescheitert. 2019 waren die französische Firma Total, die italienische Firma ENI und das russische Unternehmen Novatek mit der Erschließung von zwei der neun Gasblöcke in der libanesischen Wirtschaftszone beauftragt worden. Weil Washington sich kontinuierlich weigerte, notwendige Garantien für die Ölgesellschaften zu geben, dass sie im Falle der Arbeit für den Libanon nicht von Washington sanktioniert würden, stagnierte die Arbeit. Hintergrund ist, dass im Libanon die von den USA als Terrororganisation verfolgte Hisbollah mit an der Regierung ist.

Die Lage änderte sich mit dem neuen US-Vermittler Amos Hochstein. Hochstein wurde in Israel geboren, wo er aufwuchs und in den Streitkräften diente, als diese den Libanon besetzt hielten. Hochstein hat sowohl die israelische als auch die US-amerikanische Staatsangehörigkeit. Er arbeitete als Geschäftsmann und Lobbyist unter demokratischen Präsidenten in verschiedenen staatlichen US-Stellen. Im August 2021 wurde Amos Hochstein im US-Außenministerium Leitender Berater für Energiesicherheit mit dem Auftrag, die Energiesicherheit für die USA, ihre Verbündeten und Partner zu stärken. Schwerpunkt in seiner neuen Funktion war "die Umsetzung von Maßnahmen zur

Verringerung der von der Nord Stream 2-Pipeline ausgehenden Risiken", die Unterstützung der Ukraine, die Stärkung der europäischen Energiesicherheit und das Erreichen der Klimaziele. Im Klartext: Er sollte Deutschland daran hindern, Nordstream 2 in Betrieb zu nehmen. Mit Hochstein nutze die US-Regierung "Energiediplomatie, um sich [...] gegen den Einsatz von Energie als geopolitische Waffe durch den Kreml zu wehren und eine sicherere und nachhaltigere Energiezukunft für die Ukraine und die NATO- und EU-Länder an der Front zu fördern."

Programm war und ist die politische und wirtschaftliche Konfrontation zwischen den USA auf der einen und Russland und China auf der anderen Seite. Deutschland war das Schlüsselland, das auf Gegenkurs zu Russland gebracht werden musste. Mit einer neuen, politisch schwachen und hochgradig transatlantisch ausgerichteten Regierung, die Ende 2021 ins Amt kam, brach der Damm.

Auch wenn die schlummernden Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer nicht mehr als 2 Prozent der weltweiten Vorkommen ausmachen, wurden sie von den USA seit langem als eine "strategische Reserve" eingestuft. Am 14. Februar 2022 allerdings forderten die USA Israel auf, sich auf mehr Gaslieferungen über Ägypten an Europa vorzubereiten. Der Krieg in der Ukraine begann 10 Tage später, und die von den USA und der EU verhängten einseitigen Wirtschaftssanktionen gegen Russland blockierten auch die russischen Gaslieferungen. Deutschland, Österreich und die EU-Kommission vereinbarten mit Israel Gaslieferungen, die aber nur mit weiteren Förderungen möglich wären. In keinem Fall können die bescheidenen Vorkommen im östlichen Mittelmeer die bisher aus Russland gelieferten Mengen – im Jahr 2021 waren das 155 Milliarden Kubikmeter Gas sowie 7 Millionen Barrel Öl pro Tag plus 3 Millionen Barrel Ölprodukte pro Tag – ersetzen. Israel kündigte den Beginn der Förderung im Karish-Gasfeld an, was den Libanon auf den Plan brachte.

Die Warnung seitens der Hisbollah an Israel, nicht mit der Gasförderung zu beginnen, solange nicht auch für den Libanon das Recht auf eigene Gasförderung in einer Vereinbarung garantiert sei, führte zu erstaunlicher Einigkeit unter den libanesischen Politikern. In Israel als auch in den USA und Europa löste die Erklärung dagegen Nervosität aus. Die USA und EU versuchen in der ganzen Welt, Gas, Öl und Flüssiggas einzukaufen, um den Absturz der europäischen und vor allem der deutschen Wirtschaft abzufedern. Bisher ist der Erfolg mäßig und teuer. Die kürzliche Entscheidung der OPEC plus-Länder, die Ölförderung zu drosseln, setzt die USA und die EU zusätzlich unter Druck. Das dürfte die Geschwindigkeit erklären, mit der nun zwischen Israel und dem Libanon die Einigung über die Abgrenzung der jeweiligen maritimen Wirtschaftszonen von den USA geradezu verordnet wurde.

Hintergrund

Verhandlungsgrundlage für den Libanon war die 1923 von den damaligen Mandatsmächten Frankreich und Großbritannien gezogene Paulet-Newcombe-Linie, mit der die jeweiligen Mandatsgebiete Syrien-Libanon (Frankreich) und Irak-Palästina (Großbritannien) voneinander abgegrenzt wurden. Sie ist benannt nach dem französischen Offizier Paulet und dem britischen Offizier Newcombe, die das Abkommen aushandelten und unterzeichneten.

Die Paulet-Newcombe-Linie wurde nach der gewaltsamen Gründung Israels in zwei Waffenstillstandsabkommen 1949 (März, Dezember) bestätigt. Israel, dessen Armee wiederholt in den Libanon einmarschiert ist und ab 1982 den Südlibanon 18 Jahre besetzt hielt, veränderte diese Markierung eigenmächtig nach seinem vom Widerstand der Hisbollah erzwungenen Rückzug aus dem Land im Jahr 2000. Als Grund nannte Israel "Sicherheitsinteressen". De facto verlor der Libanon dadurch strategisch und ökonomisch wichtiges Territorium zu Land und zu Wasser um Ra's an-Naqura (hebräisch: Rosh HaNikra) und akzeptiert deshalb die einseitige israelische Grenzveränderung nicht.

Ra's an-Naqura ist seit 1978 Stützpunkt der UN-Friedensmission für den Libanon, UNIFIL. Israel hat die Stationierung von UNIFIL-Truppen auf dem von ihm beanspruchten, ursprünglich palästinensischen Territorium zu Land und zu Wasser nie akzeptiert.